

Aktive Wirtschaftspolitik

Für einen stabilen Aufschwung und Vollbeschäftigung

NEUE WERTSCHÖPFUNG UND GUTE ARBEIT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

ALLGEMEIN

SOLIDARISCHE BÜRGERGEMEINSCHAFT UND DEMOKRATISCHER STAAT

NEUE WERTSCHÖPFUNG UND GUTE ARBEIT

DER VORSORGENDE SOZIALSTAAT

EINE FRIEDLICHE, FREIE UND GERECHTE WELTORDNUNG

NACHHALTIGER FORTSCHRITT



- 05 **Aktive Wirtschaftspolitik**
- 06 **Unsere Überzeugung: Die soziale Marktwirtschaft braucht Regeln**
- 08 **Unser Erfolg: Aufschwung der Wirtschaft, Entspannung am Arbeitsmarkt**
- 11 **Unser Ziel: nachhaltiges Wachstum und Vollbeschäftigung**
- 25 **Unser Leitbild: ein neues Verständnis von Fortschritt**

Aktive Wirtschaftspolitik

Für einen stabilen Aufschwung und Vollbeschäftigung

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat unser Land vor enorme Herausforderungen gestellt. Heute zeigt sich: Deutschland kommt besser durch die Krise, als die meisten es für möglich hielten. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Gewerkschaften und Arbeitgeber haben daran einen erheblichen Anteil. Durch ihr besonnenes Handeln haben sie dazu beigetragen, die Herausforderungen zu bewältigen.

Auch die Politik hat erfolgreich ihren Beitrag geleistet. Die von der SPD in der Großen Koalition durchgesetzten Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur und des Arbeitsmarktes wirken: Die Konjunktur zieht an, die Arbeitslosigkeit sinkt.

Die Chancen für einen dauerhaften Aufschwung sind greifbar – aber sie müssen durch politisches Handeln auch genutzt werden. Der Aufschwung findet nicht wegen, sondern trotz Schwarz-Gelb statt. Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage mahnt: Deutschland braucht eine aktive Wirtschaftspolitik, um den Aufschwung stabil und Vollbeschäftigung möglich zu machen.

UNSERE ÜBERZEUGUNG:

Die soziale Marktwirtschaft braucht Regeln

Die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit ist das Ergebnis eines Wirtschaftsmodells, in dem die Finanzmärkte zum Dreh- und Angelpunkt geworden sind. Es basierte auf dem Irrglauben an eine wundersame Geldvermehrung aus sich selbst heraus – und auf einer Ideologie, wonach einzig der Verzicht auf Regeln und die Entfesselung der Marktkräfte die Chance auf wirtschaftlichen Erfolg garantiert. Dieses Wirtschaftsmodell ist gescheitert.

Wir stehen nun vor der Herausforderung, aus der Krise nachhaltige Lehren für die Ziele und Regeln unseres Wirtschaftens zu ziehen. Union und FDP aber setzen unverändert auf eine wirtschaftspolitische Ideologie, bei der maximaler Profit und nicht der Mensch im Mittelpunkt steht.

Dabei hat die Wirtschaftskrise endgültig deutlich gemacht, dass Märkte der politischen Gestaltung bedürfen. Neuer Wohlstand kann dauerhaft nur aus echter Wertschöpfung durch Arbeit entstehen – und nicht durch die Steigerung fiktiver Finanzgewinne an den Kapitalmärkten.

Deutschland braucht eine neue Ordnung für Wirtschaft und Arbeit. Wirtschaftspolitik muss umsteuern – national, europäisch und international. Sozialdemokratische Politik will eine neue soziale Ordnung und ein neues Wirtschaftsmodell, das an die Erfolgsbedingungen der sozialen Marktwirtschaft anknüpft und dafür

Sorge trägt, dass die Wirtschaft wieder den Menschen dient. Für uns gilt: So viel Wettbewerb wie möglich, so viel regulierender Staat wie nötig. Deshalb setzen wir auf den handlungsfähigen demokratischen Staat, der klare Regeln für die soziale Marktwirtschaft setzt.

Wesentliches Element einer neuen Ordnung von Wirtschaft und Arbeit muss die Regulierung der Finanzmärkte sein – die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte ist Voraussetzung für wirtschaftliches Handeln. Unser Grundsatz lautet: Kein Finanzmarktakteur und kein Finanzprodukt darf in Zukunft unreguliert sein.

Wir wollen dauerhaften Wohlstand in unserem Land. Die Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sind reale Wertschöpfung, ökologische Nachhaltigkeit, sozialer Ausgleich, gesellschaftliche Teilhabe, mehr Lebensqualität und Vollbeschäftigung.
.....

UNSER ERFOLG:

Aufschwung der Wirtschaft, Entspannung am Arbeitsmarkt

In ihrem aktuellen Jahresgutachten zur gesamtwirtschaftlichen Lage rechnen die Wirtschaftsweisen für 2010 mit einem Wachstum von 3,7 Prozent. Für 2011 werden 3,2 Prozent vorausgesagt. Zudem prognostizieren die Sachverständigen für 2011 eine durchschnittliche Arbeitslosenzahl unterhalb der Drei-Millionen-Marke.

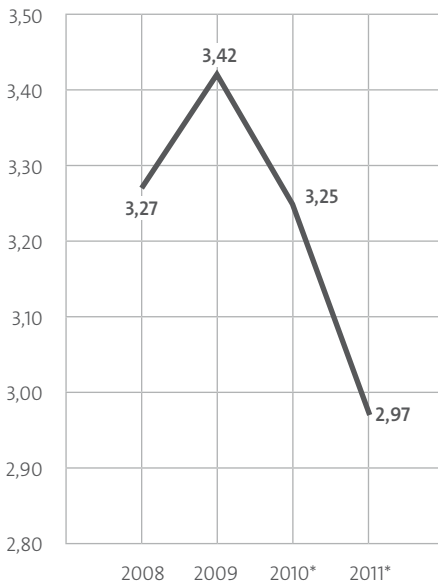
Diese erfreuliche Entwicklung führen die Wirtschaftsweisen vor allem auch auf die Arbeitsmarktreformen der SPD-geführten Bundesregierung und das Krisenmanagement der SPD in der Großen Koalition zurück. Mit wirtschaftspolitischer Vernunft und dem Mut zu schnellem Handeln hat die SPD in der Großen Koalition Deutschland sicher durch die Krise gebracht.

Nur einer wollte sich damals mit den Maßnahmen nicht anfreunden: der damalige wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. „Die Wirt-

schaftskrise wird sich damit nicht meistern lassen“, sagte Rainer Brüderle noch 2009. Heute ist Brüderle Bundeswirtschaftsminister und feiert den „Aufschwung XXL“ als Erfolg seiner Politik. Die Wirtschaftsweisen haben Brüderle noch einmal bescheinigt, dass er sich mit fremden Federn schmückt. In ihrem Jahresgutachten ziehen sie ein klares Fazit: Die schwarz-gelbe Bundesregierung „erntet die Früchte der Reformpolitik der vorherigen Regierungen.“

Zahl der Arbeitslosen

In Millionen



* Prognose

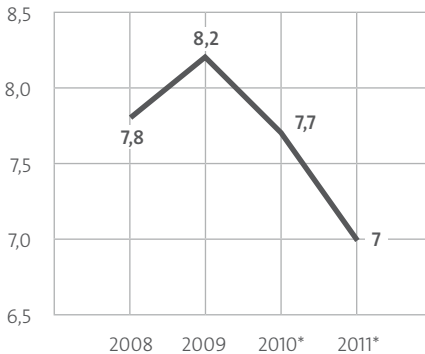
Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung:
Jahresgutachten 2010/11, November 2010

Schwarz-Gelb gefährdet den Aufschwung

Doch nicht nur das: Der Sachverständigenrat warnt davor, dass ein „Abrutschen der deutschen Volkswirtschaft auf einen niedrigen Wachstumspfad“ immer noch möglich ist. Um dies zu verhindern und die Chancen auf einen stabilen Aufschwung zu nutzen, „bedarf es einer Wirtschaftspolitik, die die notwendigen Rahmenbedingungen für einen höheren Wachstumspfad schafft.“ Kurz: Die Bundesregierung muss jetzt handeln.

Arbeitslosenquote

In Millionen



* Prognose

Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2010/11, November 2010

Doch Union und FDP versäumen es, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und Chancen für einen stabilen Aufschwung zu ergreifen. Die Liste der Versäumnisse ist lang: Es gibt keine langfristige Wachstumsstrategie, keine Bildungsoffensive, keine Fachkräftestrategie, keine Strategie für Vollbeschäftigung und keine Innovationspolitik, die Anreize für Investitionen setzt. So besteht die große Gefahr, dass Deutschland auf Jahre hinaus unter seinen Möglichkeiten bleibt.

.....

UNSER ZIEL:

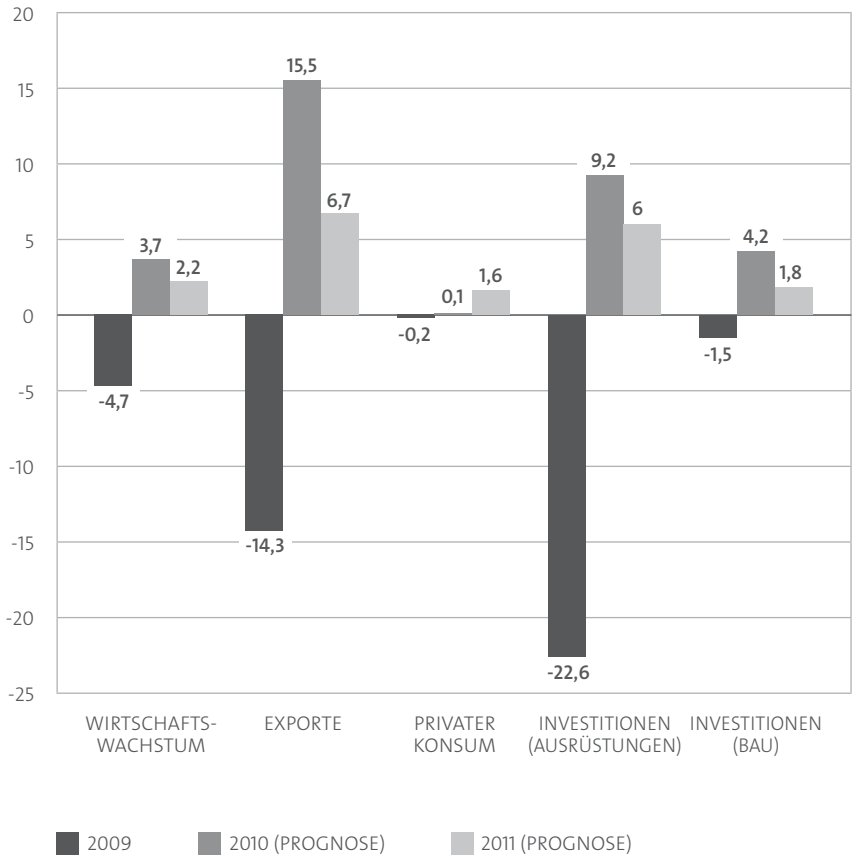
Nachhaltiges Wachstum und Vollbeschäftigung

Deutschland braucht eine nachhaltigere Wirtschaftspolitik. Die Kehrseite der deutschen Exportabhängigkeit war in den letzten Jahren die Schwäche der Binnenwirtschaft. Die inländische Nachfrage trug immer weniger zum Wachstum bei, der private Konsum stagnierte. Um sich von einseitigen Abhängigkeiten zu lösen, muss Deutschland seine wirtschaftlichen Stärken in Zukunft besser ausbalancieren.

Die einseitige Abhängigkeit von den Risiken und Schwankungen des Weltmarktes muss abgelöst werden durch eine neue Balance zwischen wettbewerbsgetriebenem Export und einer lohn- und investitionsgetriebenen Stärkung der Binnennachfrage. Der Industriestandort Deutschland muss modernisiert werden, um die Weichen für die Arbeit von morgen zu stellen. Nötig ist ein intelligentes Wachstumsmodell, das wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung miteinander verbindet.

Wirtschaftliche Eckdaten für Deutschland

In Prozent, preisbereinigt, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr



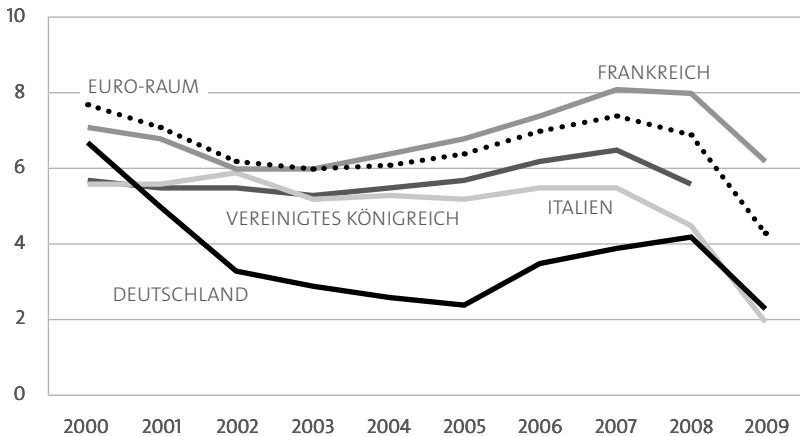
Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2010/11, November 2010

Investitionen in die Zukunft

Ein Schlüssel für Wachstum und Arbeit von morgen ist eine gezielte Investitionsstrategie für die Zukunft. Dazu brauchen wir mehr öffentliche und private Investitionen – sie schaffen Arbeitsplätze, sorgen für zusätzliche Einkommen, beleben die Binnennachfrage und sichern die Wissensbasis unserer Volkswirtschaft.

Bedeutung der Nettoanlageninvestitionen in ausgewählten Ländern

Gesamtwirtschaft in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen



Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Jahresgutachten 2010/11, November 2010

Die Investitionsquote in Deutschland liegt deutlich unter dem EU- und OECD-Durchschnitt. Die staatlichen Konjunkturprogramme laufen aus; Schwarz-Gelb lehnt eine Verlängerung bewährter Instrumente kategorisch ab. Ausgerechnet in dieser Situation kürzt Schwarz-Gelb genau die staatlichen Investitionsprogramme, die große Hebelwirkungen für Investitionen entfalten: Beispiele sind die drastische Rückführung des Marktanzreizprogramms für Erneuerbare Energien, die Reduzierung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms und der Kahlschlag bei der Städtebauför-

derung. Bei den Kommunen, die 60 Prozent der Bauinvestitionen stemmen, reißt die schwarz-gelbe Steuerpolitik zudem neue Haushaltslöcher auf. Leidtragende sind vor allem das mittelständische Handwerk und die Bauunternehmen vor Ort.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik setzt auf gezielte Investitionen in die Zukunft:

- **Impulsprogramm für Investitionen:** Neben der sofortigen, aber zeitlich begrenzten Abschreibung von Investitionsgütern in gewissen Sektoren und der zeitlich befristeten Einführung von Investitionszulagen müssen staatliche Investitionsprogramme ausgebaut werden, die eine hinreichende Hebelwirkung für private Investitionen und Beschäftigung entfalten: Dazu gehört, die Förderung der energetischen Gebäudesanierung sowie die Städtebauförderung zu intensivieren.
- **Investitionen in Bildung und Qualifizierung:** Das wichtigste Kapital unseres rohstoffarmen Landes sind die Kompetenzen der Menschen. Deutschland braucht eine Bildungsoffensive. Nur so lassen sich die Fachkräftebasis unserer Volkswirtschaft dauerhaft sichern und Vollbeschäftigung erreichen.
- **Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovationen:** Deutschland braucht eine Intensivierung der Forschungsausgaben. Wissen, Innovationen und Erfindungsreichtum bilden eine wesentliche Grundlage für wirtschaftliches Wachstum. Deutschland steht gut da bei hochwertigen Technologien wie dem Automobilbau. Aber es muss aufholen bei den Spitzentechnologien und den wissensintensiven Dienstleistungen. Ergänzend zur Projektförderung brauchen wir eine steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen, damit Deutschland seine Spitzenposition bei innovativen Produkten und Technologien halten und ausbauen kann.
- **Investitionen in Infrastruktur:** Eine leistungsfähige Volkswirtschaft braucht leistungsfähige Infrastrukturen. Als Grundlage für neues Wachstum und für die Arbeit von morgen braucht Deutschland eine Modernisierung seiner Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur. Es muss ein intelligentes Energienetz geschaffen werden, das auf den Ausbau der erneuerbaren Energien hin angelegt ist. Deutschland braucht eine Strategie, mit der eine Lösung für ein schnelles Breitbandnetz für alle auf den Weg gebracht wird. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum. Vor dem Hintergrund weiter steigenden Verkehrsaufkommens sind erhebliche Investitionen notwendig, um die Verkehrsnetze darauf einzustellen.

Aufschwung für alle

Um einen tragfähigen Wachstumspfad zu erreichen, muss die Wirtschaftspolitik in Zukunft mehr auf die Stärkung der privaten Kaufkraft in Deutschland setzen. Nachhaltige Wirtschaftspolitik betrachtet Löhne nicht nur als Kosten, sondern auch als Nachfrage. Das Prinzip lautet: „Wachstum durch Gerechtigkeit“. Denn die Krise zeigt, dass Wachstum und Gerechtigkeit kein Widerspruch sind, sondern einander bedingen. Wer viel hat, spart, was oben drauf kommt. Wer wenig hat, nutzt jeden zusätzlichen Euro für grundlegende Ausgaben. Daher stärkt eine gerechtere Einkommensverteilung unsere Binnenwirtschaft.

Schwarz-Gelb gefährdet die Kaufkraft durch zusätzliche Belastungen vor allem unterer und mittlerer Einkommen – durch steigende Abgaben für gesetzlich Krankenversicherte (darunter Millionen Rentnerinnen und Rentner), Kürzungen beim Elterngeld für Familien, absehbare Belastungen beim Rentenversicherungsbeitrag, drohende Mieterhöhungen. Auch durch massive Kürzungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik und durch die Ablehnung gesetzlicher Mindestlöhne blockieren Union und FDP die Teilhabe von Menschen an guter Arbeit und am wirtschaftlichen Aufschwung.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik setzt auf Wachstum durch sozialen Ausgleich und gerechte Löhne sowie die Sicherung des Fachkräftebedarfs durch Qualifizierung und gute Arbeit:

- **Gesetzlicher Mindestlohn:** Arbeit und Leistung müssen sich wieder lohnen und ein Leben ohne Sozialhilfeunterstützung des Staates ermöglichen. Dafür braucht Deutschland den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.
- **Faire Arbeitslöhne:** Der Aufschwung muss sich auch in der Lohnentwicklung ausdrücken. Eine gerechtere Einkommensverteilung kann einen Nachfrageschub auslösen. Die Reallohnentwicklung soll sich wieder stärker am Produktivitätswachstum orientieren – dazu braucht es starke Sozialpartner. Gerade in der Wirtschaftskrise hat sich gezeigt, dass Unternehmen und Beschäftigte eine Gemeinschaft bilden, die ihre Balance auch in einer gerechten Vergütung und Entlohnung finden muss. Dies muss erst recht für den einsetzenden Aufschwung gelten.
- **Intensivierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik:** Vollbeschäftigung und gute Arbeit sind die zentralen Ziele unserer Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Ohne deutliche Anstrengungen in der Qualifizierungspolitik droht ein gespaltenen Arbeitsmarkt, der gleichzeitig hohe Sockelarbeitslosigkeit und steigenden Fachkräftemangel aufweist. Dies wäre ökonomisch unsinnig und würde den sozialen Frieden in unserem Land gefährden. Um Arbeitslosigkeit nicht nur zu bekämpfen,

sondern zu besiegen, brauchen wir eine starke Arbeitsvermittlung, die durch Förderung und Qualifizierung Brücken in Beschäftigung baut und allen eine Chance auf Teilhabe ermöglicht.

- **Allianz gegen Fachkräftemangel:** Um dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel zu begegnen, schlagen wir eine gemeinsame Allianz von Wirtschaft, Gewerkschaften, Politik und Bildung vor. Wir müssen alles tun, um die Potenziale unserer Gesellschaft besser auszuschöpfen, dürfen uns aber gleichzeitig einer gezielten Zuwanderung nicht verschließen.
- **Begrenzung der Leiharbeit:** Wir wollen prekäre Beschäftigung eindämmen. Dazu gehört vor allem auch, Missbrauch in der Leiharbeit zu bekämpfen. Der Grundsatz „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ muss ohne Ausnahme gelten. Der Mindestlohn in der Leiharbeit ist überfällig. Unser Ziel ist es, das Normalarbeitsverhältnis wieder zu stärken.

Modernisierung des Industriestandorts

Deutschland braucht auch in Zukunft eine starke Industrie. Jeder dritte Arbeitsplatz hängt an der Entwicklung der industriellen Wertschöpfung. Die wirtschaftliche Kernstärke unseres Landes liegt im erfolgreichen Zusammenspiel aus produzierendem Gewerbe und produktionsnahen Dienstleistungen. Gemeinsam erbringen Industrie und industriennahe Dienstleistungen mehr als die Hälfte der Wirtschaftsleistung in Deutschland.

Union und FDP haben die Modernisierung der Wirtschaft aufgegeben und verharren in rückwärtsgewandtem Denken, das einen vermeintlichen Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie aufmacht – und dabei verkennt, dass die Ökologie längst zur Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg geworden ist. Jüngstes Beispiel dafür: Das von der Bundesregierung vorgelegte Konzept zum „Industrieland Deutschland“ – eine Zustandsbeschreibung ohne Ideen für die Zukunft des Industriestandortes.

Die SPD-Bundestagsfraktion steht zum Industriestandort Deutschland. Im Industrieland Deutschland kommt einem zukunftsfähigen Energiekonzept eine Schlüsselrolle zu. Das Energiekonzept der Bundesregierung wird diesem Anspruch nicht gerecht. Im Gegenteil: Die schwarz-gelbe Koalition verändert durch Ihre Entscheidung für eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken die Grundausrichtung der deutschen Energiepolitik. Mit der Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken wird insbesondere der Wettbewerb auf dem Strommarkt behindert. Die Markteintrittsbedingungen für neue Anbieter oder Investitionen von existierenden Marktakteuren werden so erheblich beeinträchtigt; die marktbeherrschende Stellung der großen Stromkonzerne wird – gerade auch zu Lasten der kommunalen Stromanbieter – zementiert.

Der Umbau unseres Energiesystems ist Bestandteil moderner Industriepolitik. Wir wissen, dass Ökologie und Ökonomie zusammen gehören und eine massive Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor geworden ist. Sozialdemokratische Industriepolitik setzt daher auf die Modernisierung traditioneller industrieller Zweige und den Aufbau neuer, wachstumsstarker Branchen und Leitmärkte:

- **Steigerung der Energie- und Materialeffizienz:** Energie- und Materialkosten machen mittlerweile rund die Hälfte des Bruttoproduktionswerts aus, während der Anteil der Arbeitskosten auf unter ein Fünftel gesunken ist. Die Einsparung von Energie und Material ist daher längst nicht mehr nur eine ökologische Frage, sondern ein zentraler Wettbewerbsfaktor. Unternehmen und Industrie müssen alle Anstrengungen unternehmen, effizient zu wirtschaften. Dabei behalten wir im Blick, dass sich die deutsche Grundstoffindustrie und die nachgelagerten Branchen im internationalen Wettbewerb auch gegen solche Konkurrenten behaupten müssen, die zu subventionierten Energiepreisen und ohne strenge klimapolitische Vorgaben wie dem europäischen Emissionshandelssystem wirtschaften. Über Steuervergünstigungen haben wir sichergestellt, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft bisher nicht gefährdet wurde. Tatsächlich sind die geltenden Steuervergünstigungen bei der Energie- und der Stromsteuer durch die Europäische Kommission beihilferechtlich bis Ende 2012 befristet. Um Planungssicherheit für die betroffenen Unternehmen auch für die Zukunft zu erreichen, muss zeitnah die Diskussion über die Ausgestaltung der Energiebesteuerung der Industrie ab 2013 beginnen.
- **Ökologische Industriepolitik:** Der Kurs der Wirtschaft ins Zeitalter der Energie- und Rohstoffeffizienz muss durch eine gezielte Industriepolitik gesteuert und begleitet werden, die in eine moderne Energiepolitik eingebettet ist. Ökologische Industriepolitik muss die industrielle Struktur unserer Wirtschaft auf knapper werdende Ressourcen einstellen, Zukunftsindustrien stärken und die deutsche Wirtschaft auf die Leitmärkte der Zukunft ausrichten. Umweltschonende, ressourceneffiziente Technologien und Dienstleistungen sind der Schlüssel. Durch den Ausbau und die weitere Erschließung von Leitmärkten wie Elektromobilität oder Klima- und Umwelttechnik können neues Wachstum, neue Wertschöpfung, neue Produkte und neue Beschäftigung entstehen.
- **Modernisierung traditioneller Industrien:** Traditionelle und neue Industrien dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es sind die klassischen industriellen Kernkompetenzen Deutschlands im Maschinen- und Anlagenbau, in der Chemie, der Elektrotechnik, dem Stahl oder dem Automobilbau, die das Rückgrat der Wirtschaft bilden und auch grüne Technologien erst ermöglichen. Deshalb brauchen wir gerade auch für unsere klassische Industrie verlässliche Rahmenbedingungen und eine nachhaltige, bezahlbare Energieversorgung.

- **Technologischer Fortschritt:** Für eine zukunftsfähige Entwicklung der Industriepolitik ist der technologische Fortschritt mitentscheidend. Deutschland ist in zentralen Technologiefeldern Spitzenreiter. Diese Position gilt es zu halten und weiter auszubauen; hier hat die Wirtschaft erhebliche Wachstumschancen. So müssen insbesondere die Voraussetzungen für eine ressourcen- und umweltschonende Mobilität geschaffen werden. Wir brauchen jetzt dringend eine Gesamtstrategie zur Förderung der Elektromobilität. Mobilität muss bezahlbar bleiben, neue Arbeitsplätze gefördert und die Entwicklung begleitet werden. Die Technologie der neuen Elektrofahrzeuge muss aus Deutschland kommen.

Sozial und ökologisch nachhaltige Dienstleistungspolitik

Der Dienstleistungssektor gewinnt zunehmend an Bedeutung für Wachstum und Beschäftigung. Die großen Beschäftigungspotenziale des Dienstleistungssektors – insbesondere im Bereich der Kreativwirtschaft sowie der Gesundheitswirtschaft – müssen erschlossen werden.

Sozialdemokratische Dienstleistungspolitik setzt darauf, qualitativ hochwertige Dienstleistungen zu fördern und die öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken. Arbeit im Dienstleistungssektor muss einen Stellenwert erhalten, wie er beispielsweise in den skandinavischen Ländern vorzufinden ist. Die Entwicklung zu zunehmendem Lohn- und Sozialdumping und prekären Beschäftigungsverhältnissen in Branchen des Dienstleistungssektors muss gestoppt werden. Gute Aus- und Weiterbildung sowie gute Arbeitsbedingungen müssen die Regel werden.

Gute Rahmenbedingungen für den Mittelstand

Der Mittelstand – das sind rund 4,5 Millionen Unternehmer und Selbständige, im Handwerk, im industriellen Gewerbe, in Handel, Tourismus und Dienstleistungen sowie in den Freien Berufen. Sie bilden das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Mittelständische Unternehmen tragen fast die Hälfte zur Nettowertschöpfung aller Unternehmen bei, stellen gut 70 Prozent der Arbeitsplätze und rund 83 Prozent der Ausbildungsplätze. Unser Wohlstand hängt maßgeblich vom Mittelstand ab.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen spüren die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders. Sie haben es auch im einsetzenden Aufschwung schwer,

ihre Finanzierung zu sichern. Ursache ist vor allem auch eine zu restriktive Kreditvergabe vieler Banken. Fachkräftengpässe treffen besonders mittelständische Unternehmen. Außerdem ächzen die Betriebe unter unnötiger Bürokratie: Mit umständlichen Genehmigungsverfahren wird dem Mittelstand die Arbeit unnötig schwer gemacht. Vor allem kleine Handwerksbetriebe haben von den Vereinfachungsregelungen des Vergaberechts im Rahmen der Konjunkturpakete profitiert. Diese wollen wir weiterführen.

Schwarz-Gelb lässt den Mittelstand allein: Union und FPD sehen der restriktiven Kreditvergabe vieler Banken tatenlos zu. Der versprochene Bürokratieabbau kommt nicht voran. Das Potenzial an Fachkräften bleibt unausgeschöpft. In der Bildungspolitik werden keine durchgreifenden Maßnahmen ergriffen. Arbeitsförderung und Qualifizierung werden massiv gekürzt.

Sozialdemokratische Mittelstandspolitik setzt auf die Förderung von Innovationen, eine nachhaltige Unternehmensfinanzierung, die Sicherung der Fachkräftebasis, den Abbau von Bürokratie, die Schaffung einer Kultur der Selbständigkeit und auf eine bessere soziale Absicherung Selbständiger:

- **Förderung von Innovationen:** Wir wollen die Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen fördern, beispielsweise durch eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung. So wollen wir sogenannte „tax credits“ als steuerliche Gutschriften für gewerbliche Forschungen von kleinen und mittleren Unternehmen einführen. Mit dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) ist von der Großen Koalition ein wirksames Instrument zur Stärkung der Innovationsfähigkeit des deutschen Mittelstands geschaffen worden. Kleine und mittlere Unternehmen erhalten Zuschüsse und günstige Darlehen, um Forschungs- und Innovationsprojekte zu finanzieren. Durch das ZIM ist ein transparentes, zielgenaues und leicht zugängliches Förderangebot geschaffen worden, das mindestens auf dem Niveau von 2009 beibehalten werden muss.
- **Nachhaltige Unternehmensfinanzierung:** Das gemeinsame Ziel aller Akteure muss es sein, für kleine und mittlere Unternehmen im einsetzenden Aufschwung nachhaltige Finanzierungsbedingungen sicherzustellen. Wir wollen dazu in einer gemeinsamen Anstrengung von Staat und Finanzwirtschaft eine Mittelstandsanleihe auflegen und die Einrichtung eines Mikrobürgschaftsprogrammes unterstützen, über das Gründer mit vergleichsweise geringem Kapitalbedarf eine Finanzierung erhalten können. Bewährte Regelungen aus dem Wirtschaftsfonds Deutschland mit Krediten und Bürgschaften für Unternehmen müssen verlängert werden. Ebenso ist insbesondere das von den Bürgschaftsbanken zusammen mit den Mittelständischen Beteiligungsgesellschaften aufgelegte Kombi-Programm zur Liquiditätssicherung für kleine und mittlere Unternehmen durch Bereitstellung von Betriebsmitteln und eigenkapitalstärkendes Beteiligungskapital weiterzuführen.

- **Bürokratieabbau:** Der Abbau von Bürokratie ist das bestmögliche Konjunkturprogramm. Die SPD unterstützt das nationale und das europäische Programm zum Abbau von Informationspflichten um 25 Prozent. Wichtig ist, dass wir auf europäischer Ebene weiter vorankommen. Denn die meisten Bürokratiekosten entstehen durch Vorgaben aus Brüssel, die in nationale Gesetzgebung umgesetzt werden müssen. Hier gilt, schon im Vorfeld die Bürokratiekosten in den Richtlinien und Verordnungen der EU gar nicht erst entstehen zu lassen.
 - **Sicherung der Fachkräftebasis:** Gerade bei kleinen und mittelständischen Unternehmen mangelt es aufgrund fehlender personeller und finanzieller Ressourcen oftmals an einer mittel- und langfristigen Personalplanung. Durch die Stärkung von Ausbildungsverbänden, Weiterbildungsnetzwerken und überbetrieblichen Beratungsstellen wollen wir diese Unternehmen bei der Sicherung der Fachkräftebasis unterstützen. Kleine und mittlere Unternehmen sind durch Servicestellen, Beratungsangebote und Unterstützungsleistungen in die Lage zu versetzen, eine langfristige Personalentwicklung zu betreiben.
 - **Kultur der Selbständigkeit:** In der Wirtschaft, insbesondere im Mittelstand, sind Unternehmerinnen oder Unternehmer die Regel, die mit hoher gesamtgesellschaftlicher Verantwortung, mit ausgeprägtem sozialem Bewusstsein und mit hoher Verantwortung für den Mitarbeiterbereich ihr Unternehmertum verstehen und tagtäglich praktizieren. Wir wollen die Bedingungen für Existenzgründer weiter verbessern. Dazu wollen wir Genehmigungsverfahren weiter vereinfachen und konzentrieren. Wir wollen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer flächendeckend neue Anlaufstellen in Form von One-Stop-Shops schaffen, den Zugang zu Wagniskapital erleichtern und gezielte Beratungsangebote entwickeln.
 - **Soziale Absicherung Selbständiger:** Mehr und mehr Menschen gehen einer selbständigen Tätigkeit nach. Die sozialen Sicherungssysteme bilden diesen Wandel bislang aber noch nicht ausreichend ab. Es geht darum, Selbständigen das gleiche Maß an sozialer Absicherung wie vergleichbaren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verschaffen, ohne sie durch zu starre Systemstrukturen in ihrer notwendigen beruflichen Flexibilität einzuschränken.
-

Funktionierende Märkte für eine sichere Rohstoffversorgung

Weltweit werden wichtige Rohstoffe und Technologiemetalle (sog. Seltene Erden) immer knapper. Die EU hat eine Liste mit insgesamt 17 Rohstoffen zusammengestellt, die sie als kritisch einstuft, weil diese Rohstoffe gerade für die Hightech-Industrie wichtig sind, aber ein hohes Lieferrisiko bergen.

Eine weitere Verknappung der Technologiemetalle gefährdet die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Die deutsche Industrie warnt deshalb seit einiger Zeit vor dem Risiko zunehmender Versorgungengpässe.

Gezieltes Handeln ist daher dringend notwendig. Richtig ist, dass es vor allem die Aufgabe der Unternehmen ist, ihren Bedarf an Rohstoffen am Markt zu decken und sich auch vorausschauend auf künftige Trends einzustellen. Gleichwohl muss die Bundesregierung aktiv werden und die notwendigen Schritte unterstützen und politisch begleiten. Doch Schwarz-Gelb belässt es bei vagen Ankündigungen.

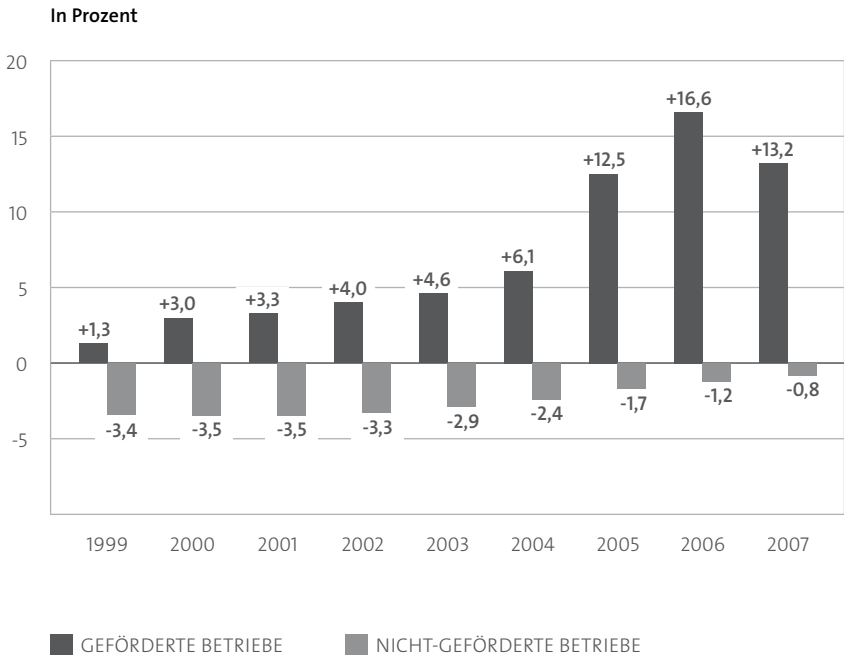
Sozialdemokratische Politik setzt auf vorausschauendes Handeln:

- **Abbau von Exportbeschränkungen:** Wir wollen offene Märkte für einen diskriminierungsfreien weltweiten Rohstoffhandel sichern.
 - **Rohstoffförderung, -gewinnung und -recycling:** Wir wollen deutsche Unternehmen für einen Wiedereinstieg in Rohstoffförderung und Rohstoffgewinnung (sog. Rückwärtsintegration) aktivieren, die Rohstoffgewinnung im Inland erleichtern und die Recyclingquoten für wichtige Rohstoffe erhöhen.
 - **Aufbau von Rohstoffpartnerschaften:** Wir wollen die Beziehungen zu Rohstofflieferländern sowie Transitländer intensivieren.
-

Regionale Wirtschaftsförderung in strukturschwachen Regionen

Die Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ist ein Erfolgsmodell. Im Dreijahreszeitraum 2007-2009 wurden mit 4,1 Milliarden Euro GRW-Mitteln von Bund und Ländern ca. 26,2 Milliarden Euro an Investitionen der Wirtschaft angestoßen. Nach der Förderung sind bei den Betrieben ein durchschnittlicher Beschäftigungszuwachs von 4,6 Prozent und ein Lohnzuwachs von 6 Prozent zu verzeichnen. Geförderte Betriebe haben einen deutlichen Wachstumsvorsprung und erhöhen signifikant die Zahl ihrer Beschäftigten. Die stärkste Dynamik zeigen Betriebe in den neuen Bundesländern.

Die Beschäftigungsentwicklung der geförderten und nicht-geförderten Betriebe



Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Auswertung Prof. Dr. Bade,
Technische Universität Dortmund

Die Bedeutung der Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur wächst – vor allem auch durch das Auslaufen der Investitionszulage bis zum Jahr 2013. Die GRW stellt dann das einzige Instrument des Bundes für die regionale Wirtschaftsförderung dar. Gerade die neuen Bundesländer, aber auch andere strukturschwache Gebiete im Westen Deutschlands haben großes Interesse, um Wettbewerbsnachteile gegenüber den Ballungszentren und Metropolregionen auszugleichen.

Die GRW Förderung wird zur Zeit neu ausgerichtet. Schwarz-Gelb aber ist sich uneinig und hat keine Konzepte, wie die Gemeinschaftsaufgabe mit neuem Input strukturschwache Gebiete in den neuen und alten Bundesländern wirtschaftlich aufwerten könnte. So ist heute schon absehbar, dass die Förderung des Mittelstandes und der KMU weiter geschwächt wird.

Sozialdemokratische Politik setzt auf innovative Wirtschaftsförderung und auf zusätzliche Finanzmittel für die Förderung der strukturschwachen Gebiete sowie des Breitbandausbaus.

Funktionsfähige Finanzmärkte

Funktionsfähige Finanzmärkte sind eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Die schwerste Banken- und Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte hat gezeigt, dass die Finanzmärkte reformiert und neu geordnet werden müssen. Durch geeignete Regulierung und Maßnahmen sollten wirksame Anreize für die Realwirtschaft gegeben werden, unabhängiger von permanentem kurzfristigen Renditedruck zu agieren. Das ist eine wichtige Voraussetzung für verantwortliche Unternehmensführung und qualitatives Wachstum.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung unternimmt zu wenig, um Ordnung auf den Finanzmärkten herzustellen. Der Sachverständigenrat stellt der Regierung ein schlechtes Zeugnis aus: In zentralen Problemfeldern besteht weiter dringender Handlungsbedarf.

Für uns steht fest: Kein Finanzmarktakteur und kein Finanzprodukt darf unreguliert bleiben. Um stabile Finanzmärkte zu gewährleisten, muss national wie international ein neues Regelwerk geschaffen werden. Unser Ziel sind seriöse, nachhaltig funktionierende Finanzmärkte, die wieder ihre ureigenste Aufgabe erfüllen, nämlich Konsumenten und Wirtschaft mit soliden Finanzierungen zu versorgen und ihnen transparente Anlagemöglichkeiten zu bieten.

Die Finanzmarktakteure müssen bei der Bewältigung der Folgekosten der Krise angemessen beteiligt werden. Vor allem haben sie eine europaweite Finanztrans-

aktionssteuer mitzutragen. Außerdem muss es wieder eine klare Eigenverantwortung für Risiken geben. Spitzenrendite- und Kurzfristdenken müssen zurück gedrängt werden. Dies erfordert auch eine Rückbesinnung der Unternehmen auf langfristige Ziele.

.....

Wirtschaftspolitische Koordinierung in Europa

Die Mechanismen der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der Europäischen Union wurden durch die Krise auf die Probe gestellt. Inzwischen ist die Stabilität des Euro-Raums gefährdet. In den kommenden Jahren steht die Europäische Union vor großen Herausforderungen: Die öffentlichen Finanzen müssen konsolidiert werden, während gleichzeitig ein höheres, nachhaltiges Wachstum erreicht werden muss. Es gilt, das Wachstumspotenzial der EU und die Tragfähigkeit unserer Sozialmodelle zu stützen.

Wirtschaftspolitik kann nicht mehr nur im nationalen Rahmen erfolgen, sie braucht auf der europäischen Ebene stärkere Transparenz und demokratische Legitimation. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union erfordert eine stärkere Balance von exportorientierter Wettbewerbsfähigkeit und Binnennachfrage in allen Mitgliedsländern. Von Schwarz-Gelb kam über viele Monate hinweg kein substanzieller Vorschlag, um Konsequenzen aus der Finanzkrise zu ziehen, Verursacher der Krise an den Kosten zu beteiligen, Spekulationen zu begegnen und die wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung der EU zu stärken.

Sozialdemokratische Politik setzt auf eine bessere wachstums- und beschäftigungsorientierte Koordination der Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik in Europa. Eine tiefgehende Abstimmung der nationalen Wirtschaftspolitiken auf europäischer Ebene ist in Zukunft unerlässlich, um weiteren Krisen vorzubeugen. Außerdem sind zusätzliche Korrekturmechanismen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes notwendig.

.....

UNSER LEITBILD:

Ein neues Verständnis von Fortschritt

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik spielt das Wirtschaftliche, das Soziale und das Ökologische nicht gegeneinander aus. Im Gegenteil: Die SPD-Bundestagsfraktion ist davon überzeugt, dass sich diese drei Aspekte gegenseitig bedingen. Fortschritt, Wohlstand und Vollbeschäftigung werden sich nur erreichen lassen, wenn ökonomische, soziale und ökologische Vernunft zusammengedacht und politisch in Einklang gebracht werden. Nur soziales und ökologisches Wachstum ist nachhaltiges Wachstum.

Dafür bedarf es politischer Gestaltung und eines handlungsfähigen Staates. Gute Wirtschaftspolitik heißt, alle Felder der Gesellschaftspolitik gemeinsam anzupacken. Unser Leitbild ist ein neues Verständnis von Fortschritt und Wohlstand, das sich nicht nur am Bruttoinlandsprodukt, sondern an der Lebensqualität einer möglichst großen Zahl von Menschen bemisst. Quantitatives Wachstum ist wichtig, aber die Verteilung des Wohlstands, die Nachhaltigkeit seiner Grundlagen und der soziale Zusammenhalt haben ebenfalls einen ökonomischen Gegenwert.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat das Vertrauen der Menschen in das herkömmliche Wachstumsmodell erschüttert. Fast 90 Prozent der Menschen sind aktuellen Umfragen zufolge der Ansicht, die derzeitige Wirtschaftsordnung berücksichtige weder den Schutz der Umwelt ausreichend, noch den sorgsamen Umgang mit

Ressourcen oder den sozialen Ausgleich in der Gesellschaft. Nur noch ein Drittel der Bevölkerung glaubt daran, dass das Wachstum automatisch auch ihre private Lebensqualität steigert.

Zukunftsorientierte Politik muss daraus Konsequenzen ziehen. Die SPD-Bundestagsfraktion ist der Überzeugung, dass ein veränderter Begriff von Wachstum und eine neue Qualität von Fortschritt die Grundlage einer neuen Wirtschafts- und Finanzpolitik werden müssen. Aus diesem Grund haben wir im Deutschen Bundestag die Initiative zur Einrichtung einer Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ ergriffen. „Das Bruttoinlandsprodukt misst alles, nur nicht das, was das Leben lebenswert macht“, wusste Robert Kennedy bereits vor über 40 Jahren. In der von uns auf den Weg gebrachten Enquete-Kommission wollen wir gemeinsam mit Experten einen neuen Fortschritts-Indikator entwickeln, der auch den Aspekten individueller Lebensqualität, sozialer Gerechtigkeit, Umwelt, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe Rechnung trägt.

Wenn wir unseren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kurs verbessern wollen, dann brauchen wir einen neuen Kompass. Ein einfaches „Weiter-so“ darf es nicht geben. Einen neuen Maßstab von Fortschritt zu finden, ist der erste Schritt, um mit diesem Versprechen ernst zu machen. Wir wollen einen anderen Wohlstand, der die Lebensqualität möglichst vieler Menschen erhöht.

.....

WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION,
PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN,
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TEXT: LEONIE GEBERS, STEFAN HINTERMEIER, DIRK VON DER HUDE,
WOLFGANG L. MÜLLER, LILIAN TSCHAN

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
FOTO: KLAUS VYHNALEK (TITEL)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT
AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES
WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.